

# „Weinmarkt wird nicht völlig liberalisiert“

## CDU informiert in Bühl über Zukunft des Weinbaus

Von unserem Redaktionsmitglied  
Ulrich Coenen

**Bühl.** Es kam alles anders als geplant. Die Landwirtschaftsministerin steckte wegen des Hochwassers in ihrer bayrischen Heimat im Stau. Die mehr als 100 Gäste im Saal der Affentaler Winzergenossenschaft warteten am Sonntagabend vergeblich auf Ilse Aigner. Die weinbaupolitische Veranstaltung der CDU-Landtagsfraktion fand trotzdem statt. „Wir ziehen das jetzt durch“, meinte Landtagsabgeordneter Tobias Wald, der eingeladen hatte. Auch wenn Deutschlands oberste Landwirtin fehlte, war die Runde immer noch hochkarätig besetzt. Mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Peter Hauk, war ein ehemaliger Stuttgarter Landwirtschaftsminister an Bord. Außerdem war Gerhard Becker vom Referat Weinbau des Bundeslandwirtschaftsministeriums nach einem Besuch in seiner Heimatstadt Freiburg angereist. Eigentlich sollte er seine Chefin in der Diskussionsrunde unterstützen, stattdessen musste er einen Vortrag halten. Auch zahlreiche landwirtschaftliche Funktionäre nahmen teil.

Peter Hauk verdeutlichte ein grundsätzliches Problem. „Die EU verfolgt eine klare Liberalisierung der Märkte

und lehnt alle staatlichen Vorgaben ab“, sagte er. Die CDU sei gegen die von der EU geplante Ausweitung der Weinbauflächen. Zumindest solle diese so lange wie möglich aufgehalten werden, damit sich mittlere und kleine Betriebe auf neue Vermarktungswege einstellen könnten. Hauk warnte vor einer Überflutung des Marktes mit Billigweinen. Er warb für qualitätvolle hochpreisige Weine, die sich die Bürger in Baden-Württemberg, die gut verdienen, leisten können.

Im Hinblick auf die Zukunft der Steillagen forderte Hauk staatliche Unterstützung. „Wir wollen keine Weinäcker, wir wollen Weinberge“, meinte er. „Mehr als ein Drittel der Mosel-Steillagen liegt bereits brach. Wenn die Gesellschaft diese alten Kulturlandschaften erhalten will, muss sie den Winzern einen Ausgleich für ihre Arbeit geben.“

Gerhard Becker ging ins Detail. Er berichtete über die Reform der EU-Weinmarktorganisation 2008. Damals wurde beschlossen, die Pflanzungsrechtregelung (also den Anbaustopp) für Reben bis zum 31. Dezember 2015 in Europa zu befristen. Danach kann der Anbaustopp von den Mitgliedstaaten bis höchstens zum 31. Dezember 2018 verlängert werden. „Die Reform wäre in ihrer ursprünglich beabsichtigten Form verhee-



ZUKUNFT DES WEINBAUS IM BLICK: (von rechts) Gerhard Becker vom Landwirtschaftsministerium, Bundestagsabgeordneter Peter Götz, CDU-Fraktionschef Peter Hauk und die Landtagsabgeordneten Tobias Wald und Paul Locherer. Foto: Coenen

rend gewesen“, meinte Becker. „Wir konnten einiges abwehren.“ Es mache beispielsweise keinen Sinn, 400 000 Hektar Rebflächen in Europa zu roden, wenn andererseits andere Anbieter freien Zugang zum Markt hätten. Letztendlich seien 150 000 Hektar gerodet worden, was Kosten in Höhe von einer Milliarde Euro verursacht habe.

Nach Auskunft von Becker ist die Europäische Kommission von „marktliberalen Beratern“ umgeben. Nach dem Ende des Anbaustopps könnte deshalb

auch in Niedersachsen Wein angebaut werden. Der wiederum könnte vom guten Image der alten Anbaugelände profitieren und mit seiner minderen Qualität in einem zweiten Schritt das Ansehen des deutschen Weins ruinieren. Damit rechnet Becker aber nicht. Die neue Regelung für Pflanzrechte wird seiner Einschätzung nach eine Laufzeit bis 2030 haben. Der Zunahme der Anbauflächen ist zwischen EU-Kommission, den Mitgliedsländern und dem Europäischen Parlament umstritten. Becker geht von

einem Prozent aus. „Nach menschlichem Ermessen wird es keine völlige Liberalisierung des Weinmarktes geben“, meinte er.

Nach Auskunft des Referenten aus dem Landwirtschaftsministerium will sich die Bundesregierung auch für die Steillagen engagieren. Ein Stützungsprogramm sei denkbar, das bisherige Gesamtbudget von 30 Millionen Euro werde aber nicht erhöht. „Das Geld fehlt dann für andere Maßnahmen“, meinte Becker.